

Jahresbericht 2017

Das dominierende Thema war für den DSI-OIS im Berichtsjahr zweifellos die laufende Revision des kantonalen Sozialhilfegesetzes und der kantonalen Abbaumassnahmen via «Entlastungspaket», welche das institutionelle Engagement direkt und indirekt bremsen werden. Die von institutionellen Dienstleistungen abhängigen Menschen und Familien werden die Leidtragenden dieser Entscheide sein. Es galt nicht nur, die konkreten Auswirkungen der Sozialhilfe-Vorlage (im Verbund mit dem Entlastungspaket) auf die einzelnen Institutionen und Leistungsangebote zu eruieren, es galt auch, die in wesentlichen Teilen fragwürdigen politischen und rechtlichen Dimensionen der Revision aufzuzeigen und in der Sache eine breitere Öffentlichkeit zu sensibilisieren: Mit der Bemessung des Grundbedarfs nach politischen, sachfremden Kriterien und damit der Abkehr von der bisher gültigen, faktenbasierten, statistisch und empirisch gestützten Festlegung einer grundlegenden materiellen Leistung, mit der provokanten Unterschreitung der SKOS-Richtlinien und damit dem Ausscheren aus einem bis anhin solidarischen Verbund der Kantone werden fundamentale, verfassungsrechtlich verankerte und bis anhin grundsätzlich anerkannte Werte preisgegeben. Jeder Mensch, der in Not gerät, hat verfassten Anspruch auf Hilfe und Betreuung sowie auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind – und «die Stärke des Volkes misst sich am Wohl des Schwachen» (Präambel der Bundesverfassung).

Verbandsentwicklung / Mutationen / Information

An der Mitgliederversammlung vom 29. März 2017 haben die Delegierten mit Pro Infirmis, service Bienne - Jura bernois und Pro Infirmis, Beratungsstelle Biel, mit der Praxisgemeinschaft Zentralstrasse 47, Biel, dem Verein Ambulante psychiatrische Pflege (VAPP), Regionalgruppe Biel – Seeland, und mit dem Ambulatorium Südhang, Biel, gleich fünf neue Mitglieder in den Verband aufgenommen. Der Zuwachs steht im Zusammenhang mit der Auflösung der Sozialpsychiatrischen Konferenz Biel (SOKOBI) im Nachgang zur Reorganisation und Verselbständigung der psychiatrischen Versorgung im Kanton Bern und mit dem Angebot der sich neu konstituierenden Arbeitsgruppe Gesundheit des DSI-OIS.

Das Informationsangebot und der Informationsfluss für die Mitglieder wurde mit der Aufschaltung entsprechender Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen, Studien und Fachliteratur auf der Webseite sowie mit drei spezifischen Mitgliederinformationen und einer Mitgliederumfrage im September zu den Auswirkungen der Revision des Sozialhilfegesetzes und des Entlastungspakets aufrecht erhalten. Die Mitgliederumfrage hatte zum Ziel, die Folgen der Abbaumassnahmen ganz konkret vor Ort zu erheben und die Auswirkungen auf die Leistungsangebote, die Leistungserbringung sowie auf die veränderte Situation der Klientinnen und Klienten zu identifizieren. Die Ergebnisse der Umfrage blieben indessen unter den Erwartungen, was der Vorstand einerseits der beruflichen Belastung der Mitglieder, andererseits aber auch der ausgezeichneten Vorarbeit der Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz (BKSE) zuschreibt, auf die denn auch mehrere Mitglieder in ihrer Antwort verwiesen. Auf Anregung der Arbeitsgruppe polyvalente Sozialarbeit unterstützte der DSI-OIS im Januar die von der Caritas, zusammen mit dem SRK und weiteren Organisationen erarbeitete und im November 2016 veröffentlichte Studie über die Folgen der Sparpolitik mit einem Pressecommuniqué. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit beteiligte sich der DSI-OIS zusammen mit weiteren Mitgliedern des Komitees Biel für alle – Bienne pour tous ferner mit einem Auftritt an den sog. Rekord- und Kulturtagen vom 3. Juni im Coop Center Bahnhof Biel.

Mit Blick auf die bedeutsamen Entwicklungen und Umbrüche im gesellschaftlichen und explizit im politischen Umfeld auf kantonaler, aber auch auf kommunaler Ebene hat sich der Vorstand Ende November an einer Retraite mit den sich daraus ergebenden Herausforderungen für den DSI-OIS auseinandergesetzt. Ihren Ausgang nahmen die Diskussionen in der Vergegenwärtigung der eigenen dynamischen Entwicklung des Verbandes in den vergangenen Jahren und in einer breit gefassten Standortbestimmung. Auf dieser Grundlage wurden die Problembereiche identifiziert und die strategischen Schwerpunkte für die Verbandstätigkeit definiert. Gegenstand der Retraite waren aber auch die Überarbeitung bzw. Aktualisierung der Grundlagenpapiere, d.h. eine Revision «light» der Statuten und des Organigramms, des Verbands-Konzepts und des Arbeitsgruppen-Konzepts. Schliesslich galt es nach der im Frühjahr angekündigten Demission des langjährigen Präsidenten Fritz Freuler, die personelle Situation im Vorstand sowie konkret auch die Nachfolgeregelung zu überdenken und schliesslich zuhanden der Mitgliederversammlung entsprechende Anträge zu formulieren. Den gleichzeitigen Rücktritt von Urs Zysset als Leiter der Geschäftsstelle wird der Vorstand in eigener Kompetenz regeln.

Fachlicher Austausch der Leistungserbringer / Förderung der Zusammenarbeit / Fortbildung

Für einen qualifizierten fachlichen Austausch und für die Netzarbeit bieten vorab die Arbeitsgruppen Gewähr. Diese beurteilen dabei auch laufend die Gegebenheiten vor Ort sowie die politischen Vorgaben aus der Sicht der beruflichen Praxis und nehmen mit ihren Rückmeldungen an den Vorstand nicht zuletzt Einfluss auf die Verbandspolitik.

Die Arbeitsgruppe Gesundheit sah sich im Berichtsjahr mit besonderen Herausforderungen konfrontiert: Zum einen galt es, sich nach der Auflösung der Sozialpsychiatrischen Konferenz Biel (SOKOBI) und dem Übertritt der Mehrzahl ihrer Mitglieder in den DSI-OIS intern als Arbeitsgruppe zu konsolidieren. Zum andern mussten Wege gesucht und gefunden werden, die Zusammenarbeit mit der im Zuge der Reorganisation und Verselbständigung der psychiatrische Versorgung im Kanton Bern auf den 1. Januar 2017 neu geschaffenen Netzwerk psychische Gesundheit AG / Réseau santé mentale SA aufzunehmen und zu gestalten. Angesichts der fundamentalen strukturellen Umbrüche und personellen Veränderungen auf der Ebene des Kantons erwies sich diese Aufgabe als komplex und entsprechend aufwändig. Ferner setzte sich die Arbeitsgruppe mit dem vom Regierungsrat geplanten Leistungsabbau im Bereich der kantonalen Gesundheitsversorgung auseinander. Die vorab zulasten der Spitex, der Institutionen im Behindertenbereich, der nicht-stationären Psychiatrieversorgung und der Suchthilfe beantragten Sparmassnahmen werden als nicht durchdacht und letztlich kontraproduktiv erachtet, sie treffen die Schwächsten und führen zu einem immer ausgeprägteren Zweiklassensystem. Die von der Arbeitsgruppe in der Tradition der Zusammenarbeit mit der ehemaligen SOKOBI wiederum geplante Veranstaltung zum Welttag der psychischen Gesundheit vom 10. Oktober musste aufgrund eines der erwähnten Reorganisation geschuldeten Missverständnisses entfallen. Seit dem September 2017 vertritt die Arbeitsgruppe Gesundheit den DSI-OIS auch in der Regionalen Plattform Sucht.

Die Revision des Sozialhilfegesetzes lag klar im Fokus der Diskussionen der Arbeitsgruppe polyvalente Sozialarbeit. Das Augenmerk galt aber insbesondere auch dem Thema «Wohnen» (im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050), der Schnittstelle zur Freiwilligenarbeit, der Regionalisierung und – nicht zuletzt – dem fortgesetzten fachlichen Austausch über neue Problemstellungen und Angebotsentwicklungen in den beteiligten Institutionen. Im September hat Cyrill Hofer von David Gilbert die leitenden Funktionen und die Vertretung der Arbeitsgruppe im Vorstand übernommen.

Im Hinblick auf die Revision des Sozialhilfegesetzes setzte sich die Arbeitsgruppe einerseits mit den verfassten Mitteln und Wegen auseinander, dem geplanten Sozialabbau zu begegnen (Aktion «verkehrt», Kundgebungen, Dialog mit bestehenden Sozialkommissionen), andererseits aber auch mit den Auswirkungen vor Ort und in der Praxis des Alltags in den Sozialdiensten sowie mit der Verlagerung hin zu den gemeinnützigen Organisationen. Die Arbeitsgruppe stellte ferner fest, dass im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050 un-

ter dem Begriff «Energiewende und Exklusion» auch das Thema «Wohnen» vermehrt Beachtung verlangt. Für vulnerable Gruppen stellen Teil- oder Totalsanierungen von Gebäuden eine grosse Herausforderung dar, da die erhöhten Mietzinskosten oft das Haushaltsbudget übersteigen. Personen, die Sozialhilfe beziehen, müssen je nach Wohnort und Praxis des zuständigen Sozialdienstes erhöhte Wohnkosten entweder aus dem Grundbedarf bezahlen oder eine neue Wohnung suchen, die den Mietzinslimiten entspricht. Letzteres betrifft auch Menschen mit EL: besonders hart solche, die bei Gesamtsanierungen sich die erhöhten Mietkosten nach der Renovation nicht mehr leisten können und sich aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität oder Gesundheit in einem neuen Umfeld kaum mehr zurechtfinden. Andererseits weisen auch Haushalte, die in Wohnungen mit geringer Energieeffizienz und hohen Energiekosten leben, oft eine Vielzahl von Belastungssituationen und Bewältigungsstrategien auf (Angst vor Stromabschaltung, schlechte Wohnbedingungen etc.).

Die **Arbeitsgruppe Wohnen** pflegte an insgesamt vier Sitzungen einen vertieften Austausch namentlich über die Entwicklung der Situation in den beteiligten Wohninstitutionen (Auslastung, Abrechnungssystem mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion etc.) sowie über den Fortschritt der Verhandlungen über die Leistungsverträge und deren Unterzeichnung. Einige Mitgliederinstitutionen sind mit Leistungsverträgen an den Kanton gebunden, andere von Gemeinden abhängig – entsprechend unterschiedlich sind die Bedürfnisse und Erwartungen an die Gruppe. Mit zunehmendem Spardruck werden die beteiligten Institutionen überdies vermehrt in Konkurrenz gesetzt. Die Antwort darauf gibt sich die Arbeitsgruppe mit einer kontinuierlichen gegenseitigen Information, um einerseits dem Bedarf gerecht zu werden und andererseits Synergien unter den Anbietern zu nutzen.

Die **Arbeitsgruppe Arbeit und Integration** befasste sich vorab mit der Veränderung der Angebote und der Organisation der beteiligten Institutionen, mit der Revision des Sozialhilfegesetzes - insbesondere auch mit den Vorgaben für Integrationszulagen – und schliesslich mit dem Kantonalen Integrationsprogramm 2 (KIP 2). Gegenstand dieses Programms ist die Ausgestaltung der künftigen Struktur der (Ausländer-)Integrationsarbeit im Raum Biel-Seeland-Berner Jura. Mit dem KIP 2 wird mittel- und längerfristig der Leistungsauftrag zwischen der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion und dem Kompetenzzentrum Multimondo in Frage gestellt. Diese Entwicklung betrifft, wenn auch in unterschiedlichem Masse, auch die weiteren Mitglieder der Arbeitsgruppe. Der Vorstand wurde im Mai über die Bedeutung und Tragweite des Programms informiert.

Das **Fortbildungsangebot** des Verbands beschränkte sich aus erwähntem Grund auf das Gastreferat von Prof. Carlo Knoepfel, Dozent an der Hochschule für soziale Arbeit in Basel, unter dem Titel: «Wie weiter in der Sozialhilfe? Was bedeuten die Kürzungen im Kanton Bern?» im thematischen Teil der Mitgliederversammlung. Die auf Forschungsergebnisse und konsolidierte Praxiserfahrungen breit abgestützten Ausführungen befähigten ein zahlreich erschienenenes, interessiertes Fachpublikum, komplexe Vorgänge in ihren Entwicklungszusammenhängen noch besser zu verstehen und einzuordnen. Der Vortrag war insgesamt anspruchsvoll und auch herausfordernd – entsprechend rege und zuweilen auch kontrovers verlief die anschliessende Diskussion im Plenum.

Vertretung und Unterstützung der Interessen der Verbandsmitglieder

Der DSI-OIS vertritt die Interessen seiner Mitglieder im Rahmen der Massnahmen zur Verbandsentwicklung oder in spezifischen, auf die Verfolgung eines bestimmten Ziels gerichteten Allianzen mit Partnerorganisationen. So hat sich der Verband auch aktiv an den Kampagnen gegen die eidgen. **Unternehmenssteuerreform** (USR III) und für die Annahme eines Kredits zur Finanzierung ungedeckter Kosten in der kant. **Asylsozialhilfe** beteiligt. Die USR III wurde in der Volksabstimmung vom 12. Februar klar abgelehnt (landesweit mit 68,4%, in der Stadt Biel gar mit 78,5% Nein-Stimmen), der Kredit wurde in der Volksabstimmung vom 21. Mai indessen im Kanton ebenso verworfen (mit 54,3% Nein-Stimmen), in der Stadt Biel dagegen angenommen (mit 57,3% Ja-Stimmen!). Am **Internationalen Tag gegen Armut** vom 17. Oktober veranstaltete der Verein Demokratische Juristinnen und Juristen Bern zusam-

men mit rund zwanzig weiteren Organisationen eine Medienkonferenz. Unter dem Titel «Sozialhilfe in der Schweiz: Der Kanton Bern unterläuft die Solidarität» setzte sich eine Reihe namhafter und fachlich ausgewiesener Referentinnen und Referenten mit klaren statements kritisch mit den Eckwerten der laufenden Revision des Sozialhilfegesetzes auseinander. Der DSI-OIS trug die Veranstaltung unter seinem Namen mit.

Dominierendes Thema war für den Vorstand im Berichtsjahr zweifellos die Revision des kantonalen Sozialhilfegesetzes. Es verging keine Sitzung, an der er sich nicht mit dem Gang des Geschäfts zu befassen hatte. Bereits im Januar nahm er davon Kenntnis, dass der Regierungsrat ohne weitere Vernehmlassung für die Überarbeitung der Revisionsvorlage neue Eckwerte festgelegt hatte. Mit der geplanten Absenkung des Grundbedarfs um 10 bis 30 % (je nach Bezugskategorie) hielt er an der eigenmächtigen, teilweise massiven Unterschreitung der SKOS-Richtlinien fest. Er gab damit rein politischen, sachfremden Kriterien den Vorzug vor einer faktenbasierten, auf statistischen und empirischen Erhebungen gestützten Festlegung des Grundbedarfs und schuf so auch die Voraussetzungen für einen interkantonalen Sozialhilfewettbewerb. Die Reaktion blieb indessen nicht aus: nicht nur die einschlägigen Fachorganisationen (vorab die Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE), sondern auch die Gemeinderäte der Städte Bern, Biel, Burgdorf, Langenthal und Ostermundigen übten heftige Kritik am Vorgehen des Regierungsrats. Initiiert von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aus dem Kanton zusammen mit AvenirSocial, Sektion Bern, in der Folge unterstützt von verschiedenen Organisationen, Parteien und Verbänden und mit Blick auf das absehbare Referendum wurde in Bern der kantonale Kampagneverein «verkehrt» gegründet. Im Wissen darum, dass die vom Regierungsrat (akzentuiert noch durch die Vorlage des sog. Entlastungspakets) beantragten Änderungen auch die Mitglieder des Verbands empfindlich treffen würden, beschloss der Vorstand, den Verein «verkehrt» aktiv zu unterstützen und die Mitglieder des DSI-OIS zur Teilnahme an den Kundgebungen vom 6. Juni und vom 11. September in Bern aufzurufen. Die Revisionsvorlage wurde schliesslich (mit einer Begrenzung der Reduktion des Grundbedarfs auf 8%) vom Grossen Rat in erster Lesung im November mit 76 zu 63 Stimmen gutgeheissen.

Im Frühjahr legte die Gesundheits- und Fürsorgedirektion im Rahmen eines Konsultationsverfahrens das kantonale Integrationsprogramm 2018 – 2021 (KIP 2) vor. Die ausführliche und komplexe Vorlage sieht neben inhaltlichen Anpassungen und Erweiterungen auch strukturelle Änderungen vor, welche die bisherige Aufbauarbeit und Konsolidierung der Angebote von Multimondo in grundsätzlicher Weise empfindlich treffen und dergestalt gar den Fortbestand der Institution in Frage stellen könnten. Der Vorstand sah indessen von einer Intervention in der Sache vorerst ab, da im weiteren Verlauf des Geschäfts der Leistungsvertrag von Multimondo mit dem Kanton um ein Jahr verlängert wurde und da ferner im August der Gemeinderat im Rahmen seiner Antwort auf eine überparteiliche Interpellation zur Vorlage bereits selber Stellung bezog.

Fritz Freuler, langjähriger Präsident des DSI-OIS, und der Geschäftsleiter, Urs Zysset, treten auf die Mitgliederversammlung 2018 von ihren Funktionen zurück. Sie danken den Mitgliedern für das Vertrauen, dass sie ihnen in all den Jahren entgegengebracht haben, sowie dem Vorstand für die stets freiwillig geleistete, engagierte und bereichernde Zusammenarbeit. Dem Verband wünschen sie weiterhin guten Erfolg bei seinem Einsatz für die Qualität der Angebote, für ein vernetztes solidarisches Handeln seiner Mitglieder und nicht zuletzt für den sozialen Zusammenhalt.

Für den Vorstand:

Fritz Freuler, Präsident

Urs Zysset, Geschäftsleiter